

Allianz für Gute Arbeit und Leben in Würde **Schlüsselrolle: Vollbeschäftigung neuen Typs**

Mohssen Massarrat
März 2009

Die Finanzkrise kann nicht allein durch eine Finanzpolitik gelöst werden. Denn sie ist nur ein Symptom. Es geht um die Krise des neoliberalen Kapitalismus als ganzes. Das Kurieren am Symptom und eine Regulierung der Finanzströme wäre reine Kosmetik, bliebe deren Hauptursache unberücksichtigt. Der Neoliberalismus entstand zwar in den 1920er Jahren, fasste aber erst Anfang der 1980er Jahren richtig Fuß, als der Keynesanismus in Westeuropa und den USA seinen Zenit bereits hinter sich hatte. Das fordistische Modell in den USA und die einmalig hohen Wachstumsraten von jährlich über 12 % im Westdeutschland und Westeuropa der 1950er und 1960er Jahre fanden in der keynesianischen Interventionspolitik die wirksamste wirtschaftspolitische Triebkraft zur Mobilisierung der Wachstumsreserven. So wurden Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel, steigende Löhne, sukzessive Zunahme von Kaufkraft und Ausbau der Sozialsysteme zu den Charaktermerkmalen eines scheinbar störungsfreien und blühenden Kapitalismus.

Dies änderte sich jedoch Anfang der 1970er Jahre schlagartig, als die Wachstumsreserven der Nachkriegsära zur Neige gingen und das bis dato dominante extensive „Wachstumsmodell“ an ökonomische und ökologische Grenzen stieß. Dieses Wachstumsmodell wurde zunehmend durch ein neues ersetzt: das „intensive Wachstumsmodell“. Die Haupttriebkraft dieses „Systemwechsels“ war weniger der „Ölpreisschock“ von 1974, sondern vielmehr die dritte Technologierevolution, eben der volle Durchbruch der Informationstechnologie auf der gesamten Breite. Fortan bestimmte die steigende Arbeitsproduktivität und die spürbare Abnahme interner Wachstumsressourcen – vor allem in Westeuropa - den Verlauf und das Tempo der ökonomischen Indikatoren: niedrige Wachstumsraten, tendenziell sinkende Profitraten, rascher Strukturwandel von arbeits- zu kapitalintensiven Sektoren, Exportexpansion im Rahmen der längst begonnenen Globalisierung, beginnende Massenarbeitslosigkeit und eine Binnennachfrage, die in den Dekaden nach 1975 deutlich langsamer steigen sollte als vor diesem Zeitpunkt.

Unter diesen Bedingungen funktionierte der klassische Keynesianismus nicht mehr so wie zuvor, das konnte er auch nicht. Statt die Arbeitslosigkeit zu bremsen, erzeugte die staatliche Ausgabenpolitik Inflation. Mit dem Eingeständnis „Mir sind 5 % Inflation lieber als 5 % Arbeitslosigkeit“ lieferte der letzte sozialdemokratische Kanzler keynesianischer Provenienz in Deutschland, Helmut Schmidt, im Grunde die Bankrotterklärung für den klassischen Keynesianismus - eine Perspektive zwischen Pest und Cholera war eben keine. Lambsdorffs FDP fiel es nicht schwer, die sozial-liberale Koalition 1981 zu beenden. Dem Einzug des Neoliberalismus stand - nach den USA und Großbritannien - auch in Deutschland nichts mehr im Wege. Fortan kündigte sich ein Kapitalismus an, der aufgrund beständig steigender Arbeitsproduktivität einen fruchtbaren Boden für das Gedeihen des Neoliberalismus hervorbrachte.

So gewann der Neoliberalismus auch im Deutschland der 1980er Jahre ziemlich rasch die kulturelle Hegemonie, denn Neoliberale versprachen, die Massenarbeitslosigkeit durch mehr Wachstum und mehr Wettbewerb zu überwinden. Für diese rosige Zukunft verlangten sie nicht mehr und nicht weniger als die Befreiung der Unternehmer von den „Lasten“ der sozialen Marktwirtschaft. Die positiven Werte wie mehr Freiheit, mehr Individualität, mehr Flexibilität und weniger Staat, weniger Dirigismus und Bevormundung sollte die schwere

Kost der Beseitigung vieler sozialer Errungenschaften der Arbeiterbewegung versüßen. Das Ergebnis ist bekannt: die Agenda 2010, die neun Millionen Hartz IV-Empfänger, Arbeitslose, Niedriglöhner, Leiharbeiter, ein verlängertes Renteneintrittsalter, eine verlängerte Arbeitszeit ohne Lohnausgleich und vor allem die schwer angeschlagenen Gewerkschaften zur Folge hatte. Statt mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätzen schuf der Neoliberalismus einen Nullsummen-Kapitalismus, der den Wohlstand von unten nach oben und die Arbeitsplätze entlang der Lohnsenkungsspirale hin und her schob. In Deutschland entstanden „neue“ Arbeitsplätze nur durch die geschönte Statistik.

Der Neoliberalismus hatte vieles auf seiner Agenda, aber keineswegs eine wie auch immer geartete Vollbeschäftigung. Ganz im Gegenteil. Dieses wirtschaftspolitische Ziel wurde gar als nicht mehr zeitgemäß und schädlich dämonisiert. Der neoliberale Kapitalismus folgte der anarchistischen Logik „Nach mir die Sintflut“, nach der sich jeder einzelne Kapitalist normalerweise verhält: Profitmaximierung durch sinkende Löhne und Lohnnebenkosten. Für die steigende Nachfrage und die Herstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sind „andere“, also niemand, bestenfalls jedoch das Ausland, zuständig. Diese Logik musste zu der jetzigen Finanz- und Weltwirtschaftskrise führen.

Während und in dem Maße wie die Unternehmer immer größere Anteile der Wertschöpfung durch räuberische Ausbeutung frei Haus geliefert bekamen, schrumpften auf Grund sinkender Kaufkraft der Beschäftigten und der Binnennachfrage die Möglichkeiten, die überschüssigen Kapitalmassen für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen produktiv zu investieren. Damit wurde der Druck unausweichlich, den Finanzsektor für allerlei Spekulationen im Absurdistan der fiktiven Kapitalwelt zu reorganisieren. Auch hier ist das Ergebnis bekannt: neue Produkte für die Finanzwelt anstelle von Produkten für den Menschen, das Platzen einer Spekulationskrise nach der anderen, der Bankrott einer Großbank nach der anderen, Konkurse und neue Massenentlassungen in Schlüsselbranchen mit Dominoeffekt für die gesamte Volkswirtschaft und überall.

Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: solange die Quelle des Drucks für die Anlage von überschüssigen Kapitalmassen durch sinkende Löhne und Massenarbeitslosigkeit nicht versiegt ist, solange die Gewerkschaften nicht zur Offensive einer Umverteilung von oben nach unten schreiten, solange bleiben alle Regulierungsmaßnahmen - wie beispielsweise die Wiedereinführung fester Wechselkurse, um Währungsspekulationen vorzubeugen, nicht einmal das Schließen des gesamten Casinos, wie Heiner Flassbeck und andere vorschlagen - unzureichend. Die sich ununterbrochen aufstauenden Kapitalmassen werden auf der Renditejagd auch in Zukunft und trotz strenger Regulierung neue Wege und Umwege finden, die zum selben Ergebnis führen.

Um den gefährlichen Kreislauf des neoliberalen Kapitalismus zu durchbrechen, stellt sich nun die Frage, wie die Quellen des überschüssigen Kapitals auf Dauer ausgetrocknet werden können. Die Antwort lautet: die konsequente Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und die ständige Herstellung der Vollbeschäftigung, einer **Vollbeschäftigung neuen Typs**. Eine Vollbeschäftigung, die – da im entwickelten Kapitalismus im dicht besiedelten Europa Wachstumsreserven weitestgehend ausgeschöpft sind – nur noch durch entsprechende Arbeitszeitverkürzung mittels Umverteilung der vorhandenen Arbeit erreicht werden kann. Dies meint auch eine sukzessive Arbeitszeitverkürzung, die – ist Vollbeschäftigung einmal erreicht – an steigender Arbeitsproduktivität gekoppelt wird.

In welchem Umfang müsste die Arbeitszeit aber reduziert werden, um Vollbeschäftigung zu erreichen? Das vorhandene Erwerbspotential in Deutschland pro Kopf ist seit 1975 um ein Viertel zurückgegangen. Wenn die durch Produktivitätssteigerung aufgestaute offene und verdeckte Arbeitslosigkeit vollständig abgebaut werden soll, dann müsste die gegenwärtig durchschnittliche Arbeitszeit einer ca. 35-Stundenwoche (ca. 40 Stunden bei den Vollbeschäftigten) um ein Viertel, also auf durchschnittlich ca. 26 Stunden (bzw. auf 30

Stunden) in der Woche, zurückgehen. Insofern wäre das Ziel 30-Stundenwoche als durchschnittliche Orientierungsmarke durchaus moderat.

Erst durch einen Zustand der Vollbeschäftigung, der eine marktgerechte Verteilung der Wertschöpfung in Lohn und Gewinn sicherstellen kann, erst dann bliebe auch die volle Kaufkraft dauerhaft in den Händen der Beschäftigten, die wiederum der Binnennachfrage zu Gute käme. Dadurch wäre der Kapitaleseite die Möglichkeit genommen, dem Kreislauf die Kaufkraft zu entnehmen und die abgezweigte Wertschöpfung als „überschüssiges Kapital“ in die Finanzmärkte zu schleusen. Die Kapitalherrschaft wäre auf jeden Fall entscheidend geschwächt. Da genau das den Unternehmern bewusst ist und sie ihre Waffe „schwache Gewerkschaften“ nicht aus der Hand geben wollen, dürfte der Kampf um Vollbeschäftigung ein erbitterter Kampf werden. Soweit die Analyse. Die noch wichtigere Frage ist allerdings, ob und wie die arg geschwächten Gewerkschaften die Wende zur Vollbeschäftigung herbeiführen könnten.

Klar ist, dass sie allein die Wende nicht schaffen werden. Es bedarf dazu einer gesamtgesellschaftlichen Allianz von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Mittelschichten, die ebenfalls selbst Opfer des Neoliberalismus sind. Der allererste Schritt dazu liegt jedoch auf der Hand: die bevorstehenden Massenentlassungen durch Umverteilung von Arbeit und Einkommen zu verhindern, ferner als Alternative zu der von der Bundesregierung mit Unsummen aus Mitteln des Konjunkturprogramms geförderten Kurzarbeit die Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung zu verlangen, zumal auf die Kurzarbeiter nach den Wahlen die Arbeitslosigkeit wartet. Für die Gewerkschaften hat die Vollbeschäftigungsstrategie allerdings einen Preis, den sie - wollten sie ihre Kampfkraft und Souveränität zurückgewinnen - auch bezahlen müssten: ihre Bereitschaft, sich auf einen Lohnausgleich für die unteren und mittleren Lohngruppen zu beschränken. Die Forderung Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich verschafft den großen Unternehmen - die übrigens ökonomisch durchaus in der Lage wären, den vollen Lohnausgleich auch zu bezahlen - die Option, den überforderten Mittelstand für eine Gegenallianz der Kapitaleseite zu mobilisieren, um das unliebsame Projekt Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung im Keim zu ersticken.

Die Bildung einer gesellschaftlichen Allianz gegen den neoliberalen Raubtierkapitalismus ist keine leichte Aufgabe, jedoch heute so notwendig und auch realisierbar wie lange nicht. Zu allererst brauchen wir aber in der Republik einen Stimmungswechsel. Für den Stimmungswechsel und das Ziel der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist ein langer Atem und die widerständige Geduld sowie ein tragfähiges strategisches Konzept notwendig, das substanzielle Interessen der Allianzpartner miteinander verzahnt: Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist die uneingeschränkte Unterstützung der Gewerkschaften für einen flächendeckenden Mindestlohn. Ein Mindestlohn, der ein soziokulturelles Minimum sichert, ist die einzige solidarische Alternative gegen die gezielte Spaltung der abhängig Beschäftigten aller im Wettbewerb miteinander stehenden Länder. Er verhindert nicht nur eine Lohnabwärtsspirale, er ist auch die richtige Alternative zu nationalistischer und protektionistischer Abschottung gegen den Warenimport aus weniger produktiven Volkswirtschaften.

Ein weiteres und mindestens genau so wichtiges Ziel ist die sofortige Erhöhung der Hartz IV-Sätze, ebenfalls auf das Niveau des soziokulturellen Minimums sowie die Abschaffung des verfassungswidrigen Schnüffeleiters der Bürokratie. Als weitere Sofortmaßnahme müssen wir für die vollständige Gleichstellung der Leiharbeit hinsichtlich der Behandlung und Bezahlung eintreten. Denn die praktische Solidarität mit den 9 Millionen Erwerbslosen, Hartz IV-Empfängern, Leiharbeitern, Niedriglöhnern, Aufstockern und Wohnungslosen ist ein entscheidender Schritt für eine gesellschaftliche Allianz, um die Kräfteverhältnisse zu verändern und die Massenarbeitslosigkeit und das Elend, das darauf gewachsen ist, zu beseitigen.

Zu der Allianz gehören auch unzählige Menschen, die den Weg von selbst gewählten gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten einschlagen wollen, die jenseits von Erwerbsarbeitsbeziehungen in großer Vielfalt in der Gesellschaft zu finden sind. Ein Anspruch auf selbst gewählte Tätigkeiten ist nicht nur moralisch berechtigt, er entlastet nicht nur den Erwerbsarbeitsmarkt, er ist nicht nur eine legitime Möglichkeit der Selbstverwirklichung vieler Menschen, er erschließt nicht nur neue und vielfältige Quellen des materiellen und kulturellen Reichtums der Gesellschaft, nein, dieser Anspruch ist auch durch die Einrichtung eines Grundeinkommens als gesellschaftliche Gegenleistung für die Tätigkeiten, die der gesamten Gesellschaft zu Gute kommen, durchaus realistisch.

Schließlich muss zusammen kommen, was zusammen gehört: Mindestlohn, ein schnüffelfreies Grundeinkommen für Bedürftige als sozialstaatliche Verpflichtung, zusätzlich ein Grundeinkommen für selbst gewählte Tätigkeiten sowie die faire Teilung der vorhandenen Erwerbsarbeit sind die sich ökonomisch ergänzenden und sozial gegenseitig befruchtenden Projekte, die nicht isoliert voneinander, erst recht nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreichbar sind. Daher sind wir als soziale Bewegungen mit den Gewerkschaften das Rückgrat einer Allianz zur Vernetzung dieser Projekte. Es geht also um wesentlich mehr als eine andere gewerkschaftliche Tarifpolitik. Es geht um eine gesamtgesellschaftliche Perspektive. Es geht darum, zusammen mit allen Menschen in den Parteien, Kirchen, Kommunen, im öffentlichen Dienst, im Gesundheitssektor, aber auch in Teilen der Wirtschaft eine politische Kraft und eine Dynamik zu entfalten, die das Ende der neoliberalen Diktatur einläutet. Lasst uns gemeinsam und solidarisch für diese Allianz streiten, die eine **Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde** ist.